

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schlicht
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 6038/39
Telefax: 888 848 ppbn d
Telefax: 21 68 84

Inhalt

Dr. Andreas von Bülow
MdB zu den absehbaren
Folgen der Währungsunion:
Vor gewaltigen Erschütte-
rungen.

Seite 1

Prof. Dr. Nils Diederich
MdB zur Frage, wann der
Umzug nach Berlin statt-
findet: Ein Wort zur Haupt-
stadtfrage.

Seite 4

Werner Weinmann MdL zu
einem Untersuchungsaus-
schuß im Landtag von Ba-
den-Württemberg: Men-
schenwürde und Selbstbe-
stimmung im Alter.

Seite 5

45. Jahrgang / 103

31. Mai 1990

Vor gewaltigen Erschütterungen

Zu den absehbaren Folgen der Währungsunion

Von Dr. Andreas von Bülow MdB

Um nochmals vor Ort zu überprüfen, ob meine extrem pessimi-
stischen Annahmen über die Folgen der Währungsunion zum
1. Juli 1990 möglicherweise doch unzutreffend sein könnten,
fuhr ich über das Wochenende nach Dresden. Ich suchte und fand
das Gespräch mit Sachverständigen der DDR-Wirtschaft ebenso
wie mit Freunden aus langjährigen Kontakten.

I.

Die Wirkungen der Währungsunion sind schon allenthalben zu
spüren. Die HO verramscht die Bestände an Ostwaren zu Mini-
preisen. Danach kommt im Wesentlichen nur noch Westware in
die Regale. Die LPG Frühl Gemüse, der größte Gemüsebaubetrieb
Europas, steht vor dem Aus. Laster aus ganz Europa bringen täg-
lich frische westliche Ware, die mehr kostet und dem HO-Mono-
pol, das sich mit westlichen Ladenketten verbunden hat, mehr
Profit bringt. Bisher kamen 95 Prozent des Frühgemüses der DDR
aus eigener Produktion und fünf Prozent wurden aus dem Ausland
bezogen. In der Bundesrepublik ist es genau umgekehrt. Schon
vor der Währungsunion stützt sich die Struktur der Bundesrepu-
blik ohne Anpassungsmöglichkeiten auf die der DDR.

Die Einrichtung von Kontingenten für die Einfuhr landwirtschaft-
licher Produkte zieht nicht. Die Lastwagen kommen ungehindert
über die Grenze. Oft reicht das Herausreichen der Westzeitungen
früh morgens an die Beamten des Zolls, um ungehindert passieren
zu dürfen, sonst hilft ein 50 DM-Schein. Vor den HO-Türen sah
ich stapelweise zum Beispiel die Kisten von „Prince de Bretagne“,
einer Blumenkohlspezialität, die über mehr als 1.000 Kilometer
nach Dresden transportiert wird. Die Leute kaufen wie verrückt
Westwaren auch zu überkauften Preisen. Die Ostware wird kaum
noch angeboten. Typisch für die Konsumindustrie ist das Aus
für die Dresdner Schokoladenfabrik, die 350 Beschäftigte ent-
ließ, weil keine Anschlußaufträge mehr vorlagen und das Manage-
ment sich ohne westlichen Kooperationspartner außerstande
sah, den Westprodukten Konkurrenz zu bieten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Von einer Vorbereitung auf die Währungsunion kann in den Betrieben mit wenigen Ausnahmen nicht die Rede sein. In den Hierarchien stecken die alten SED-Riegen, mal fähig, mal unfähig, auf jeden Fall nicht überprüft auf ihre Eignung, die schwierigste Umstellung in ihrem beruflichen Leben erfolgreich bewältigen zu können. Die Löhne werden schon seit Januar in weiten Teilen nur noch auf Kredit ausgezahlt. Fast allenthalben werden beachtliche Lohnsteigerungen zugestanden. Die personelle Anpassung an das westliche Konkurrenzprofil findet nicht statt. Die Währungsunion zieht wie ein Orkan am Horizont herauf, gegen den Vorsorge zu treffen man weder intellektuell noch materiell in der Lage ist. Wie bisher sucht man die Hilfe von oben und nicht in der Eigeninitiative von unten. Im übrigen steckt die Struktur noch voller SED-Leute, nur daß diese keinen zusammenhängenden Einfluß mehr ausüben können. Doch die Koalitionsregierung in Berlin samt der gesamten Ministerialbürokratie hat ebenfalls keinen Griff mehr auf die Betriebsebene.

II.

Offiziell ist die Produktion in den letzten Monaten nur um vier Prozent abgefallen. Ein Mann mit Einblick in rund 60 Kombinate und Unternehmen meint, dies sei nach seinen Beobachtungen viel zu niedrig. Romberg könne nicht richtig informiert sein. Nach seiner Schätzung müsse das Defizit schon heute bei mindestens 40 Milliarden Mark liegen.

Ein westdeutscher Unternehmensberater, den ich in der Direktion eines Rüstungsbetriebes traf, meinte, die westliche Industrie habe sich mit ganz wenigen Ausnahmen aus dem Abenteuer zurückgezogen und warte ab. Kooperationen seien nahezu nirgendwo fest vereinbart. Keine westdeutsche Bank sei derzeit bereit, Kredite zu geben. Es sei für ihn unverständlich, wie ahnungslos die Politiker in Ostberlin und Bonn in eine mit Händen zu greifende Katastrophe schlidderten. Man müsse in den Betrieben gewesen sein, um sofort zu wissen, was die Stunde geschlagen habe.

Der Politikermannschaft in Ostberlin aller Schattierungen wird jede Kompetenz in Wirtschaftsdingen abgesprochen. Sie verstünden weder die alte, bereits im Absterben begriffene Wirtschaftsordnung geschweige denn die neue. Der neue Wirtschaftsminister sei überhaupt der Gipfel der Ahnungslosigkeit. Nirgendwo habe ich die Spur eines SPD-Vertreters gefunden, der sich konkret vor Ort schlau gemacht hätte. Statt dessen yuppiehafte Sprüche über die Wohltaten von Marktwirtschaft.

Das interessanteste Gespräch hatte ich mit Prof. Schiller, dem zweiten Mann des von-Ardenne-Instituts und dessen außerhalb des Medizinbereichs steuernder Kopf. Das Institut verfügt über Industrieaufträge auch aus USA und Japan und ist einer der Innovatoren der DDR-Industrie. Schiller teilt das vernichtende Urteil über den Zustand der Industrie. Mit der Währungsunion müßten bis zu 80 Prozent der Industriekapazität der DDR pleite gehen. Auch er sieht große, die Aufbauhoffnungen des Landes zerstörende Übersiedlerwellen aufbrechen. Die Liste der Betriebe, denen er im Dresdner Raum null Chance des Überlebens gab, war erschütternd. Ich verneife es mir, sie der nach außen wirkenden Dramatik wegen hier aufzulisten.

Schiller verwies auf das Signal des Devisenerlösfaktors, den auch die Ökonomegruppe der SED an der Humboldt-Universität in ihrem Reformpapier des letzten Herbstes als wesentliches Kennzeichen der Lage aufgeführt hatte. Danach muß die DDR-Wirtschaft durchschnittlich eine Mark Ost an Kosten aufwenden, um 0,25 Westmark Erlösen zu können. Dies ist ein Durchschnittswert. Robotron liege bei miserablen 0,10. Die Kamerafertigung bei 0,3, die Meißenener Porzellanmanufaktur bei 0,5. Mit der Einführung der Währungsunion 1:1 müsse es zu einem Flächenbrand an Konkursen kommen.

Die Anlagenbauer erzählten mir, daß fast alle Aggregate, die sie aus DDR-Produktion bislang bezogen hätten, im Preis 100 Prozent über qualitativ besseren Westprodukten liegen. Von daher müsse man, wenn man auch nur die Andeutung einer Chance auf den Weltmärkten haben wolle, auf diese Produkte zurückgreifen und die DDR-Produktion fallen lassen. Auch dort kommt es zu nicht zu übersehenden Zusammenbrüchen.

Ich habe alle meine Gesprächspartner gefragt, ob sie irgendwo schlagend positive Signale erkennen könnten. Die Antwort war negativ. Es gibt hier und dort GmbH-Gründungen um bestimmte Produkte und ein besonderes Know how. Doch Masse macht dies kaum. Der Unternehmensberater meinte, die vielen ERP-Kredit-Anträge konzentrierten sich im Schwerpunkt auf die billig zu erstellende Dienstleistung, Frisöre, Kfz-Werkstätten, ausgliedernde Baunternehmen etc.

III.

F a z i t: Die politische Klasse der Bundesrepublik wird nach dem 1. Juli national wie international sehr alt aussehen. In der DDR rechnen viele, namentlich auch kirchliche Beobachter, mit Aufständen der sich betrogen Fühlenden. Die Waffendiebstähle nehmen drastisch zu. Das so komplexe und extrem schwierige Umsteuern der DDR-Wirtschaft wird in Blitzkriegsmanier angegangen. Wenn man nicht genau rechnen kann oder will, die Schwierigkeiten zu lästig werden, so ergreife man die Initiative, stürme nach vorn, überrasche jedermann und hoffe auf den durchschlagenden Erfolg. Doch der stellt sich, wie die Geschichte lehrt, nicht immer ein.

Noch nie wird man die Fähigkeiten von Politikern, extreme Schwierigkeiten meistern zu können oder daran zu scheitern, so schnell am Ergebnis messen können, wie es dieses Jahr nach dem 1. Juli, spätestens jedoch zu Beginn des nächsten Jahres der Fall sein wird. Die politischen Erschütterungen können gewaltig sein.

Mein Rat an uns wäre, daß wir uns sachverständiger als bisher machen. Prof. Schiller hat bereits Pieroth aufzuklären versucht, den er für ebenso ahnungslos hält wie Karl Schiller. Warum ihn nicht hören und im Lichte seiner Ausführungen Entscheidungen treffen.

Im übrigen bleibe ich dabei, daß wir eine Klausel im Vertragswerk brauchen, die das Liefern mit Westware ohne Gegenleistung von Investitionen in Arbeitsplätze in der DDR-Wirtschaft verhindern müssen. Doch das setzt auf Zeit eine Grenzkontrolle voraus, von der sich einige bereits endgültig verabschiedet haben.

(-/31.5.1990/vo-he/rs)

* * *

Ein Wort zur Hauptstadtfrage

Zur Frage, wann der Umzug nach Berlin stattfindet

Von Prof. Dr. Nils Dielerich MdB

Die Äußerungen zahlreicher prominenter Bundespolitiker zur Frage der Hauptstadt eines vereinten Deutschlands werden immer seltsamer. Sie dienen einer typischen Scheindiskussion, die durch Verlagerung der Thematik die tatsächliche Entscheidungslage verschleiern soll.

Festzuhalten ist: Der Deutsche Bundestag hat 1957 beschlossen, daß Berlin die Hauptstadt des vereinten Deutschlands ist. Dieser Sachverhalt ist viele Male von Politikern erneut bekräftigt worden. Seltsam ist nur, daß in dem Moment, in dem es möglich ist, den Beschluß zu vollziehen, so getan wird, als existiere er nicht.

Die Hauptstadt der DDR war immer im östlichen Teil der alten Hauptstadt. Ein Parlament des vereinten Deutschland wird also nicht über die Hauptstadtfrage abstimmen müssen, sie ist entschieden. Nur wer die deutsche Teilung inzwischen als endgültig verinnerlicht hatte, wird anders denken können.

Natürlich hat jeder Souverän das Recht frühere Entscheidungen zu überprüfen, nur: Es müßte eine bestehende Beschlußlage geändert werden.

Bei der Diskussion um die Hauptstadt kann es nicht darum gehen, o b, sondern w a n n nach Berlin umgezogen wird. Hierbei kommt es darauf an, daß die Kernbereiche des politischen Entscheidungssystems ihren Platz von Anfang an in Berlin haben. Deshalb kann es nur so sein, daß das neugewählte Deutsche Parlament in Berlin zusammentritt.

Deshalb kann es nur so sein, daß der Kanzler des gesamten Deutschland in Berlin gewählt wird, daß er seine Regierung dort bildet und daß er dort auch amtiert. Insbesondere muß die Außenpolitik künftig von Berlin aus betrieben werden.

Manche bieten an, daß man ja zunächst den Bundespräsidenten umziehen lassen könne. Dies sieht nicht nur allzu sehr nach einem Trostpreis aus, dem nichts mehr nachfolgen soll; der Vorschlag gehört ebenfalls zur Verschleiерungsstrategie: Der Präsident h a t bereits einen Amtssitz in Berlin, es bedarf also keiner neuen Entscheidung, daß er einen in Berlin eröffnen soll.

Wenn darüber, o b der Umzug stattfinden soll nicht mehr zu sprechen ist, dann muß das W a n n umso sorgfältiger beraten werden. Sicher wird das ganze gesamtdeutsche Parlament die parlamentarischen Einrichtungen in der provisorischen Hauptstadt Bonn noch über lange Zeit mitnutzen können. Sicher werden Ministerien und Behörden nur langsam und schrittweise umziehen können. Es müssen ja zunächst unter anderem geeignete Wohnungen in Berlin und im Umland bereitgestellt werden, Bürogebäude modernisiert und umgebaut, zum Teil auch neugebaut werden.

Sicher ist das Argument bedenkenwert, daß die Präsenz von Truppen der UdSSR auf dem Boden der DDR und um Berlin es geraten erscheinen läßt, sicherheitsempfindliche Bereiche (Verteidigung) erst umziehen zu lassen, wenn die Frage des Abzugs geregelt ist.

Wie gesagt: Berlin muß Hauptstadt nicht erst werden - Berlin ist Hauptstadt geblieben und kann jetzt endlich seine Funktion erfüllen.

(-/31.5.1990/vd-he/rs)

* * *

Menschenwürde und Selbstbestimmung im Alter

Erste Bilanz eines Untersuchungsausschusses im Landtag von Baden-Württemberg

Von Werner Weinmann MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

In den letzten Jahren hat sich die Versorgung kranker und pflegebedürftiger älterer Menschen zusehends verschlechtert. „Pflegetotstand“ und „Satt-und-Sauber-Pflege“ sind hier nur zwei Begriffe von vielen, die die Situation der Betroffenen in drastischer Weise verdeutlichen.

Vor allem die Politik ist gefordert, die dringend notwendigen Verbesserungen anzustoßen, die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Alterwerden sind.

Die SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag ist der Auffassung, daß der Parlamentarische Untersuchungsausschuß „Menschenwürde und Selbstbestimmung im Alter“ notwendig war, um die in der Altenhilfe gemachten Fehler und Versäumnisse sowie ihre Ursachen aufzudecken und darüber hinaus auch Vorschläge und Anregungen für die zukünftig notwendigen Struktur der geriatrischen Versorgung zu erhalten.

Schon heute sehen wir, daß dieser Untersuchungsausschuß nach Jahren der Stagnation und Verdrängung tatsächlich erhebliche Bewegung in die Altenpolitik des Landes gebracht hat. Sichtbare Zeichen dafür sind das Aktionsprogramm der Landesregierung vom November 1988 und die plötzliche Erle zur Verbesserung der Pflegesituation in den Heimen. Auch das im Sommer 1989 vorgelegte Geriatriekonzept enthält einige Lösungsansätze, die wenige Wochen davor von Zeugen und Sachverständigen im Untersuchungsausschuß gefordert wurden.

Die inhaltliche Arbeit des Untersuchungsausschusses wurde im wesentlichen von den Abgeordneten der SPD geleistet. So decken die von ihnen bisher eingebrachten 25 Beweisangebote zu 13 Teilbereichen der Altenhilfe und Altenpflege das gesamte Spektrum der Untersuchungsthematik ab. Dadurch sollen Erkenntnisse über die bestehenden rechtlichen und verwaltungsmäßigen Regelungen, über den Stand und die Möglichkeiten von Prävention und Rehabilitation, Bildungs- und Freizeitangebote für ältere Menschen und ihre Wohnsituation gewonnen werden.

Darüber hinaus liegen weitere inhaltliche Schwerpunkte in Fragen der geriatrischen Forschung und Lehre, der pflegerischen Versorgung alter Menschen durch ihre Angehörigen und der Situation von Pflegebedürftigen in Altersheimen, Pflegeheimen sowie geriatrischen und geronto-psychiatrischen Krankeneinrichtungen.

Auch die Versorgung von pflegebedürftigen alten Menschen durch Sozialstationen und andere ambulante Dienste, die Situation des Pflegepersonals, die dringend notwendige finanzielle Absicherung der Pflege und die menschliche Begleitung des letzten Lebensabschnitts sind wichtige Themengebiete des von der SPD formulierten Untersuchungsauftrags und der von ihr eingebrachten Beweisangebote.

Seit Beginn seiner Arbeit hat der Untersuchungsausschuß bisher in 22 Sitzungen weit über 100 Sachverständige und Zeugen zu diesen Teilbereichen der Altenhilfe angehört. Befragt wurden dabei Wissenschaftler, Vertreter von Ärzte- und Wohlfahrtsorganisationen sowie von Stadt- und Landkreistag, Krankenkassenverbänden und der Krankenhausgesellschaft.

Auch pflegende Angehörige, Heimleiter, Krankenschwestern und Pflegekräfte hatten Gelegenheit, über ihre Arbeit und ihre speziellen täglichen Erfahrungen auszusagen. Zusätzlich waren Vertreter der Landesregierung, darunter die Sozialministerin, der Innen- und der Wissenschaftsminister, als Zeugen vor dem Untersuchungsausschuß geladen.

Die SPD-Abgeordneten im Ausschuß hoffen nun, daß der Untersuchungsausschuß seine Arbeit zügig fortsetzen kann und die Anhörungen noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden können.

Auf Vorschlag der SPD werden zur Komplettierung der Informationen noch Einrichtungen der Altenhilfe in Süßen bei Göppingen und in Mannheim besichtigt. Dies geschieht als Folge des aufschlußreichen Besuchs der geronto-psychiatrischen Tagesstätte in Heilbronn, der sehr interessante Informationen für die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer modernen Altenpolitik erbracht hat.

Durch die Anhörung der eingeladenen Sachverständigen und Zeugen erhielt der Ausschuß wertvolle Erkenntnisse und Informationen über den Stand der Altenhilfe und der Altenpflege. Manche Zeugenaussage hat dabei bei den Ausschußmitgliedern zu tiefer Betroffenheit geführt. Vor allem die Aussagen von pflegenden Angehörigen und die bewegende Darstellung der Situation von Pflegebedürftigen in personell unterbesetzten Heimen offenbarten die gravierenden Versäumnisse und Mängel der derzeitigen Altenpolitik.

Da das Untersuchungsausschußgesetz eine öffentliche Beweismäßigkeit vor der Beendigung der Beweisaufnahme verbietet, muß auf die eigentlich dringend notwendige Kommentierung der Zeugenaussagen noch verzichtet werden.

Eine Zusammenfassung der in den Aussagen zu entnehmenden wesentlichen Defizite spricht jedoch für sich selbst. So wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Investitionen des Landes für Altenheime unzureichend sind, die Personalschlüssel trotz der geplanten Erhöhung bei weitem noch nicht ausreichen und die Heimaufsicht mangelhaft ist.

Nach zahlreichen Zeugenaussagen werden darüber hinaus die Möglichkeiten der Rehabilitation nicht ausgeschöpft; notwendige Nachsorge-Einrichtungen und Kurzzeitpflegeplätze fehlen. Für geronto-psychiatrische Tagesstätten sind zudem weder die laufenden Modelle noch eine flächendeckende Versorgung dauerhaft gesichert. Im Bereich der ambulanten bzw. häuslichen Versorgung wird ein weiterer Ausbau der Dienste und Einrichtungen für unbedingt notwendig gehalten, da die Sozialstationen heute schon überlastet sind, ihre Personalausstattung völlig unzureichend ist und ihre Finanzierung auf unsicheren Beinen steht. Außerdem bestehen erhebliche Mängel hinsichtlich der Kooperation und Koordination der Aufgaben und Dienste der offenen Altenhilfe sowie der Information über das bestehende Angebot. Dies alles muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß, Zeugenaussagen zufolge, die Betreuung und Pflege durch die Angehörigen nicht mehr weiter intensiviert werden kann.

Andere Aussagen belegen, daß es Defizite in der gerontologischen und geronto-psychiatrischen Forschung gibt und die Förderung dieser Disziplinen immer noch fehlt. Mängel lassen sich auch im Zusammenhang mit der Ausbildung der Ärzte und dem Pflegepersonal im geriatrischen und gerontologischen Bereich feststellen.

Alle diese Aussagen verdeutlichen, wie notwendig die von der SPD geforderten Verbesserungen bei der Betreuung und Versorgung älterer Menschen sind. Als Konsequenz der Arbeit im Untersuchungsausschuß will die SPD darum mit einer Reihe von im Landtag eingebrachten Anträgen sofort wirksame Verbesserungen in der Altenhilfe durchsetzen. In einem ersten Antrag wird die Ausweitung der Prävention und Rehabilitation sowie die Verbesserung der geriatrischen Ausbildung und Versorgung gefordert. Ein besonderes Anliegen ist dabei die Bereitstellung einer bedarfsgerechten Bettenzahl für die geriatrische und rehabilitative Versorgung.

Mit dem zweiten Antrag will die SPD die Beseitigung des Pflegenotstands in den Alten- und Pflegeheimen erreichen. Insbesondere sollen hier die Personalschlüsselanhebungen sofort erfolgen. In einem dritten Antrag werden neben dem Ausbau der Heimaufsicht vor allem schnell wirksame Verbesserungen bei der Heimunterbringung angemahnt. Unser Ziel ist die Stärkung der Selbstverwaltung und der Heimbeiräte sowie der Ausbau der Mitwirkungsrechte. Ziel des vierten Antrags ist eine verbesserte Koordination und Abstimmung der verschiedenen ambulanten Dienste und Leistungsangebote sowie die Beratung der betroffenen älteren Menschen und ihrer Angehörigen. Darüber hinaus wollen wir den bedarfsgerechten Ausbau der ambulanten Dienste und Einrichtungen erreichen und deren Finanzierung auf eine sichere Grundlage stellen.

Angesichts der demographischen Entwicklung und der steigenden Kosten in der stationären und ambulanten Pflege ist auch die finanzielle Absicherung der Pflegefallrisikos notwendiger denn je. Pflegebedürftigkeit ist ebenso wie Krankheit ein allgemeines Lebensrisiko, das im Rahmen der Sozialversicherung abgesichert werden muß. Die SPD-Fraktion fordert darum seit Jahren mit Nachdruck die Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung auf solidarischer Grundlage. Nach eingehenden Beratungen haben wir nun ein umfassendes Konzept einer Pflegeversicherung vorgelegt, das Leistungen sowohl für die häusliche als auch für die stationäre Pflege von alten, kranken Menschen vorsieht.

Wir werden weiter darauf drängen, daß unsere Vorstellungen verwirklicht werden. Nur dann wird man auch von einer menschenwürdigen Versorgung und Pflege älterer Menschen sprechen können.

(-/31.5.1990/vo-ha/rs)